



Michael Frieser

Mitglied des Deutschen Bundestages
für Nürnberg-Süd und Schwabach

PRESSEMITTEILUNG

Michael Frieser zum internationalen Tag der Menschenrechte: Menschenrechtspolitik der Koalition ist umfassend und engagiert Zwischenbilanz nach einem Jahr christlich-liberaler Regierung

Berlin/ Nürnberg, 9.12.10

/KR

Bezug:

Anlagen:

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46

90402 Nürnberg

Telefon: +49 911-24154432

Fax: +49 911-2369051

michael.frieser@wk.bundestag.
de

„Die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung ist umfassend und engagiert.“ Dieses Fazit zieht im Rückblick auf die Arbeit der Menschenrechtspolitiker im ersten Jahr dieser Legislaturperiode der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Michael Frieser, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

„Menschenrechte weltweit schützen“ - bereits unser erster Antrag (Drs. 17/257) zu Beginn der 17. Wahlperiode benennt die zentralen Forderungen der Menschenrechtspolitik für diese Legislaturperiode:

- Todesstrafe und Folter weltweit abschaffen**
- Religionsfreiheit voranbringen**
- Freiheit vor Diskriminierung**
- Presse- und Meinungsfreiheit fördern**
- Menschenrechtsschutzmechanismen stärken**
- Kinder und Frauen besonders schützen**

Dieser ‚Fahrplan‘ macht deutlich: Menschenrechtspolitik greift in alle Politikbereiche ein. Die Einhaltung der Menschenrechte ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes“, so **Frieser**.

Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Nürnberg-Süd und Schwabach verweist dabei auch auf die konkrete Arbeit der christlich-liberalen Bundesregierung in Zeiten einer angespannten Haushaltslage. So wird beispielsweise der Haushaltsansatz für die Erweiterung des NATO-Hauptquartiers um 1 Million Euro gesenkt. Die dadurch freiwerdenden Mittel fließen direkt dem Etat für Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe/ Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte zu.



„Wir werden uns künftig auch stärker auf unsere konkreten Zielsetzungen konzentrieren, und versuchen, uns nicht auf dem weiten Feld der Menschenrechte zu verrennen. Die inhaltlichen Schwerpunkte, die besondere Aufmerksamkeit erfordern, sind vor allem die Rechte von Frauen und Mädchen und die Bekämpfung von Zwangsverheiratungen; Kinderpornografie und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie die Anerkennung des Menschenrechts auf Trinkwasser und Sanitärversorgung. Zu diesem Punkt wurde in der jüngsten Sitzungswoche bereits ein Antrag der Koalition verabschiedet“, so **Frieser**.

Auch verfolgt die Bundesregierung einen „Aktionsplan Menschenrechte“ mit Zielvorgaben und Strategien zu wichtigen Aktionsfeldern der Menschenrechtspolitik. Dort werden auch konkret geplante Maßnahmen genannt. Dieser Aktionsplan, so **Michael Frieser**, ist das „mensenrechtspolitische Kursbuch für die Jahre 2010 bis 2012“. Es geht dabei vor allem um die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern, das weitere weltweite Eintreten gegen Folter und die Todesstrafe und um die Ausgestaltung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen. **Frieser** bekräftigt, dass sich die Bundesregierung für diese „Kernbereiche des internationalen Menschenrechtsschutzes“ weiter intensiv engagieren wird.

Redaktion: Kaspar Reif